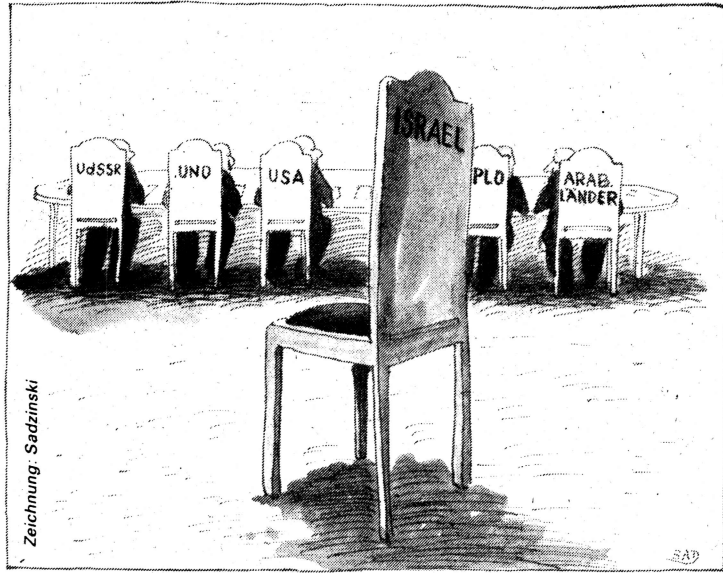


vitäten zu verstärken, sie zu koordinieren und bestehende Differenzen untereinander im gemeinsamen Interesse an einer Lösung des Nahostkonflikts zurückzustellen. Der Druck auf Israel, sich einer umfassenden politischen Regelung zu stellen, hat zugenommen.

• *Fünftens* verstärkt sich, ungeachtet der starren offiziellen Haltung der israelischen Führung, die täglich durch Terror in den besetzten Gebieten ihre Positionen manifestiert, auch im Regierungslager des Staates Israel die Polarisierung zwischen Anhängern und Gegnern eines harten, unversöhnlichen Kurses. Es gewinnen jene an Ausstrahlung, die dafür plädieren, das palästinensische Dialogangebot anzunehmen.

Die Entwicklung im Nahen Osten ist, wie alles, was in unmittelbarer Nachbarschaft des europäischen Hauses vor sich geht, für uns von großer Bedeutung. Von jeher gehört es zu den Prinzipien der DDR-Außenpolitik, entsprechend unseren Möglichkeiten an einer Beruhigung der nahöstlichen Kfisisituation mitzuwirken. Im Rahmen der Dialogpolitik werden hierzu vielfältige Schritte unternommen, um den Beitrag für eine Nahostregelung zu verstärken. Die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten werden dabei zum beiderseitigen Vorteil entwickelt.

Die Ausgestaltung der Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation, die bereits seit mehr als einem Jahrzehnt staatlichen Charakter tragen, wird konsequent fortgesetzt. Das unterstrich erneut das vom Geist tiefer brüderlicher Solidarität und völliger Übereinstimmung in allen Fragen getragene Treffen des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Yasser Arafat, im Dezember vergangenen Jahres in Berlin. Das unterstrichen auch die sofortige Anerken-



nung des Staates Palästina durch die Regierung der DDR und das Staatstelegramm anlässlich der Wahl Yasser Arafats zum Präsidenten des Landes. Auch DDR-Kontakte zu jüdischen Persönlichkeiten und zu Israel wie der Besuch von Staatssekretär Kurt Löffler sollen helfen, einen eigenständigen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten zu leisten.

Es bleibt die fbste Überzeugung unserer Partei und Regierung: Zu einer politischen Regelung des Nahostkonflikts gibt es keine realistische Alternative. In guter Absicht aufeinander zuzugehen und die berechtigten Interessen der jeweils anderen Seite zu berücksichtigen, muß für alle direkt am Konflikt Beteiligten zur Maxime werden. Nur so ist die Gewährleistung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, ist die Anerkennung des Existenzrechts aller Staaten der Region in sicheren und anerkannten Grenzen realisierbar. Nach Lage der Dinge ist eine internationale Konferenz unter UNO-Schirmherrschaft ein gangbarer Weg in diese Richtung. Gleichberechtigt müßten an ihr alte beteiligten Seiten, einschließlich die PLO und Israel, sowie die fünf Ständigen Mitglieder

des UNO-Sicherheitsrates teilnehmen.

Die vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse auf seiner jüngsten Nahostreise unterbreiteten Vorschläge sind ein wichtiger Teil umfassender Bemühungen, größere Stabilität in der Welt zu erreichen und positive Tendenzen der internationalen Entwicklung auch auf diese Region zu übertragen. Sie orientieren unter anderem auf die

- direkte Einbeziehung aller unmittelbaren Konfliktparteien in den politischen Dialog;
- ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller unmittelbar Beteiligten und der interessierten Seiten;
- Sicherung eines einheitlichen Regelungsprozesses durch Dialog, vertragliche Vereinbarung und ein System von Garantien;
- volle Ausschöpfung der Möglichkeiten der UNO, des Sicherheitsrates und des Generalsekretärs;
- flexible Mechanismen zur Vorbereitung der internationalen Nahostfriedenskonferenz in den nächsten 6 bis 9 Monaten.

Walter Heinz